



Wie wir Klimaschutz und Klimaanpassung vorantreiben



11011

Der Kommunalbrief

Zweites Quartal 2023 | Q2



Praktikabilität als Richtschnur

Wir stehen vor der Mammutaufgabe, die Transformation unseres gesamten Energiesystems unter Hochdruck zu gestalten. Uns bleiben nur wenige Jahre. Wir müssen Geschwindigkeit wett machen und auch viel Überzeugungsarbeit leisten.

„Wenn es schnell gehen muss, muss es einfach sein.“ Das war unser Credo bei den Preisbremsen. Jetzt sollten wir diese Faustregel ergänzen: „einfach, lokal und flexibel“. Wir dürfen nicht vorschnell bestimmte Lösungen ausschließen und die Praktikabilität der Umsetzung – vor Ort – sollte die zentrale Richtschnur sein. Wir müssen uns den Raum für Vielfalt eröffnen und (zu)lassen. Dies muss sich auch der Regulierung abbilden.

Technologieoffenheit darf nicht zur Worthülse werden

Dies ist besonders wichtig, damit die beschworene Technologieoffenheit, die oft zum Kompromiss-Schlüsselwort wurde, nicht faktisch ausgehöhlt wird. Wir sehen diese Gefahr etwa bei den aktuellen Entwürfen zum Gebäudeenergiegesetz (GEG). Wenn Technologieoffenheit bei der konkreten Ausgestaltung der Regelungen und Vorgaben solche Hürden erhält, dass sie einfach nicht mehr umzusetzen ist, dann ist dies ein Bären dienst, ein vermeidbarer. Konkret: Wir benötigen im GEG auf jeden Fall Übergangslösungen bis zum bundesweiten Vorliegen kommunaler Wärmepläne. Unsere komplette Kommentierung unten im QR Code.

Wie schon bei der Bewältigung der Versorgungskrise sind es die kommunalen Unternehmen, die Aufgaben schultern und als Experten der Daseinsvorsorge vor Ort die Umsetzungsarbeit leisten. Dafür brauchen wir einen verlässlichen Rahmen, für den wir mit Nachdruck werben.

Weitere Themen rund um die Transformation für Klimaschutz und Klimaanpassung gebündelt in dieser Ausgabe

Schwerpunkte dieser Ausgabe



In dieser Ausgabe widmen wir uns kompakt dem Klimaschutz und der Klimaanpassung. Erläutern, wie wir diese mit Hochdruck vorantreiben. Wir zeigen praxistaugliche Lösungen auf und adressieren, welchen Rahmen wir dafür benötigen. Wir wünschen anregende Lektüre.

- Wärmewende.....2
- Wasserstoff.....3
- Sonne, Wind und Netze4
- Strommarktdesign.....5
- Wasserstrategie 6–7
- Veranstaltungen 8



Direkt zu

[VKU fordert im Gebäudeenergiegesetz Übergangslösungen bis zum bundesweiten Vorliegen kommunaler Wärmepläne](#)



Wärmewende

In der aktuellen Debatte zum Heizungstausch kochen die Emotionen hoch. Nüchtern betrachtet ist das Ziel der Wärmewende richtig. Nur so können wir die Klimaziele im Gebäudesektor erreichen und unabhängiger werden. Auch die Richtung der Bundesregierung stimmt. **Was fehlt, sind mehr Tempo, mehr Flexibilität und die richtigen Instrumente. Dazu zählen kommunale Wärmepläne, mit denen wir die Wärmewende kosteneffizient gestalten können. Doch dafür brauchen wir ein Bundesgesetz kommunale Wärmeplanung noch vor der Sommerpause.**

Energie-Quellen, Netze und Verbrauch im Quartier entscheidend

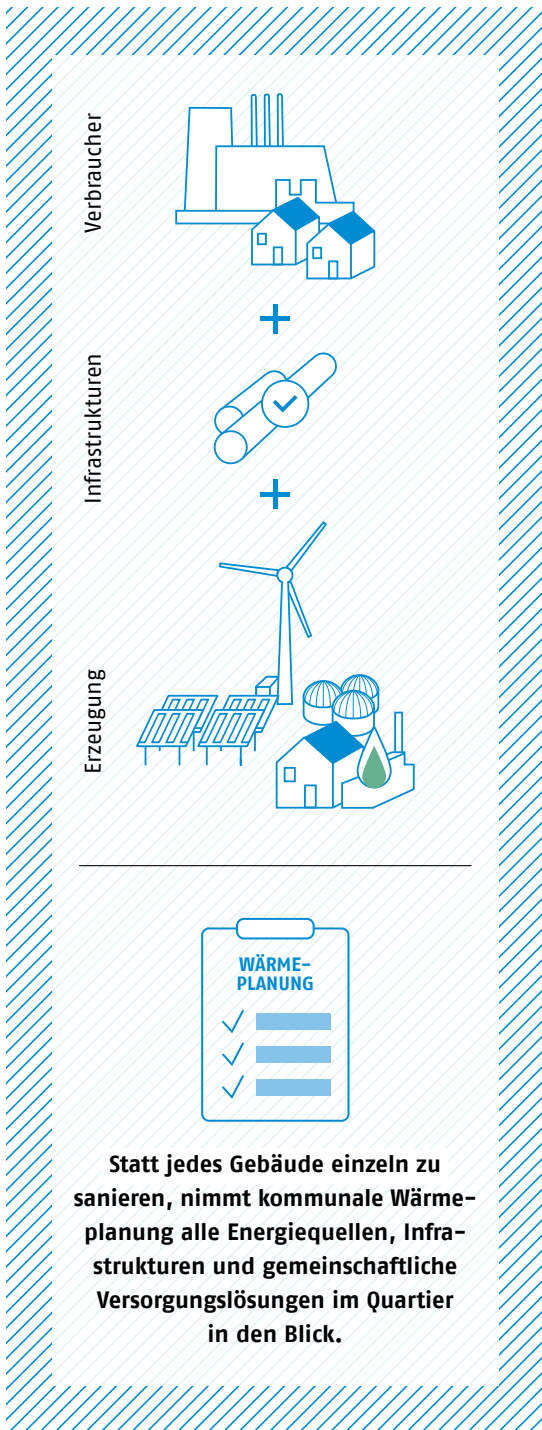
Kommunale Wärmeplanung ist ein strategisch-planerischer Ansatz. Statt jedes Gebäude einzeln zu sanieren und die Kosten auf Eigentümer und Mieter abzuwälzen, setzen kommunale Wärmepläne an Quartieren an. Denn Energie-Quellen und Infrastrukturen unterscheiden sich von Ort zu Ort ebenso wie der Verbrauch, der maßgeblich vom energetischen Zustand des jeweiligen Gebäudes bestimmt wird. Da diese Rahmenbedingungen und Ausgangslagen sich von Kommunen zu Kommunen unterscheiden, wird die Wärmewende in Kiel anders als in Köln oder Kulmbach verlaufen.

Entsprechend gilt: Weder Wärmepumpe noch H₂-ready Gasheizung allein werden das Allheilmittel sein. Es geht darum, den besten Wärme-Mix für eine kosteneffiziente Wärmewende vor Ort zu finden.

Kommunale Wärmepläne setzen an all diesen Energie-Quellen, Infrastrukturen und Gebäude in einem Stadtteil an – von öffentlichen Liegenschaften bis zum Wohnhaus. All das kennen Kommunen und ihre Stadtwerke und Versorger am besten. Sie können maßgeschneiderte Wärmeversorgungsstrategien für ihre Kommune entwickeln – also kommunale Wärmepläne, die zur Situation passen und die lokalen Potenziale heben und Synergie-Effekte nutzen.

Bundesgesetz braucht Freiräume und Technologieoffenheit

Kommunen und ihre Stadtwerke und kommunalen Energieversorger brauchen Rechtssicherheit für ihre Planungen und Investitionen, die Vorlaufzeit bis zur Umsetzung brauchen. Wichtig ist dabei, dass Bund und Länder die Kosten für die Planerstellung übernehmen. Zudem brauchen wir Freiräume und Technologie-Offenheit, damit alle lokalen, klimaneutralen Energie-Quellen genutzt werden können.



© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)





Wasserstoff: Regierung muss klare Kante in Brüssel zeigen

Für den Wasserstoffhochlauf brauchen wir in zwei Streitfragen die Unterstützung der Bundesregierung auf EU-Ebene. Denn geeignete Rahmenbedingungen sind entscheidend für eine breite Anwendung und Erzeugung, etwa bei der Dekarbonisierung der Industrie.

Erstens denkt die EU-Kommission an, die Gas- und Wasserstoffnetze streng zu trennen. Auch der Rat unterstützt das Unbundling, während sich die Abgeordneten des Europäischen Parlaments zurecht dagegenstemmen. Unbundling würde unnötige bürokratische Hürden errichten und effizienten Netzbetrieb verhindern. Besser wäre, die schon bei Strom- und Gasnetzen bewährte Unterscheidung zwischen Fernleitungsbetreibern und Verteilnetzbetreibern zu erhalten. In Deutschland beziehen mehr als 99 Prozent der Industrie-, Gewerbe und Nicht-Haushaltskunden Gas über die Verteilnetze. Darunter sind rund 1,8 Millionen mittelständische Unternehmen mit mehreren Millionen Arbeitsplätzen, die auch künftig auf gasförmige Energieträger angewiesen sein werden. Die Möglichkeit des gemeinsamen Betriebs von Wasserstoff- und Gasnetzen muss gesichert werden. Dafür setzt sich der VKU gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden, dem BDI, BDEW sowie ver.di ein. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, sich in der kommenden Trilog-Verhandlung zwischen Rat, Kommission und Parlament weiter für einen besseren Kompromiss einzusetzen.

Wasserstoff made in Germany: lokale Potenziale nutzen

Zweitens muss bei der Wasserstoffherzeugung gelten: Jedes Molekül zählt. So legt die EU-Kommission zwar erstmals klare Kriterien für grünen Wasserstoff vor, mit denen Stadtwerke ihre Planungen und Investitionen sowohl für den Aufbau eigener Erzeugungskapazitäten als auch für Anwendung von Wasserstoff vorantreiben könnten. Allerdings bleibt Wasserstoff, der bei der Abwasserentsorgung oder bei der Verbrennung von nicht-recycelbarem Abfall in Müllheizkraftwerken gewonnen wird, außen vor. Diese klimaneutralen Energiequellen auf kommunaler Ebene nicht zu nutzen, wäre ein Fehler. Diese Energie-Quellen sind autark, da Wasserstoff quasi als Nebenprodukt einer unerlässlichen Leistung der kommunalen Daseinsvorsorge entstehen. Zudem würden sie dazu beitragen, den Import-Bedarf an Wasserstoff verringern.



In Deutschland beziehen
mehr als

99%

der Industrie-, Gewerbe und Nicht-Haushaltskunden Gas über die Verteilnetze. Die Möglichkeit des gemeinsamen Betriebs von Wasserstoff- und Gasnetzen muss gesichert werden.

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



Direkt zu

[Spitzenverbände gegen eigentumsrechtliche Trennung des Wasserstoff- und Gasnetzes](#)



Sonne, Wind und Netze: jetzt absichern und finanzieren

Für mehr Unabhängigkeit und Klimaschutz müssen wir mehr und schneller die erneuerbaren Energien ausbauen. Bundeswirtschaftsminister Habeck legte bei dem Wind- und PV-Gipfel kürzlich zurecht den Fokus auf schnellere Planungen und Genehmigungen. Sie sollten durch mehr Personal auf Landes- und Kommunalebene flankiert werden.

Erneuerbare ausbauen, Stromversorgung absichern

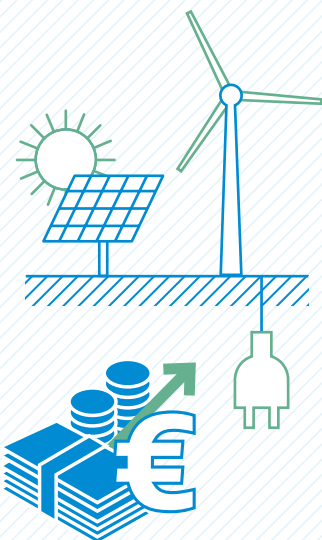
Hilfreich dürften auch die angekündigten Leitfäden und Vollzugshilfen bei der Windenergie sein. Zudem sollten die Ausnahmen zur Artenschutzrechtlichen Prüfung fortgeführt und das Bundes-Immissionsschutzgesetz reformiert werden. Beim PV-Ausbau hoffen wir auf neuen Schub durch den forcierten Anlagenbau und die verbesserten Anschlussbedingungen. So können wir das Potenzial von Dachflächen in Bestandsquartieren besser nutzen und dezentrale Versorgungsmodelle stärken. Für eine stabile Stromversorgung bei volatilen Erneuerbaren braucht es allerdings mehr gesicherte Leistungen aus KWK-Anlagen und Gaskraftwerken. Für deren Zubau braucht es Anreize durch eine marktliche Bepreisung von Kapazitäten und Förderrahmen. Dazu muss Politik eine Kraftwerksstrategie schnell umsetzen und das KWKG reformieren.

Ohne Netz kein Strom: Finanzierung des Ausbaus reformieren

Ohne Netz kein Strom. Zwingende Voraussetzung ist der Ausbau der Verteilnetze, an die schon heute 95 Prozent der Erneuerbaren-Anlagen angeschlossen sind. Künftig braucht es vorausschauende Netzplanung: In dem Moment, in dem ein Windpark auch nur geplant ist, müssen wir den Anschluss ans Stromnetz in Angriff nehmen.

Herausforderung ist, dass die Finanzierung noch nicht angepasst ist. Noch immer werden Investitionen rückwärtsgewandt finanziert – also nur auf vergangene Investitionen geschaut. **Stattdessen brauchen wir nun Investitionsanreize und Rahmenbedingungen, die mit Blick nach vorne Investitionen finanzieren: Netzbetreiber müssen betriebsnotwendige Maßnahmen kostendeckend durchführen, den Betrieb der Netze effizient steuern und das benötigte Kapital angemessen verzinsen können. Ziel muss sein, dass Verteilnetzbetreiber ihre höheren Betriebskosten, ihren Aufwand und die Kosten der Digitalisierung schneller refinanzieren können.**

Ohne Netz kein Strom. Zwingende Voraussetzung ist der Ausbau der Verteilnetze, an die schon heute 95 Prozent der Erneuerbaren-Anlagen angeschlossen sind.



© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)





Strommarktdesign: Verlässlichkeit first

Die Erwartungen an die Strommarkt-Reform sind groß. Wind- und PV-Anlagen, Gaskraftwerke sowie Strom-, Wärme- und Wasserstoffnetze werden für Generationen gebaut. Das erfordert von den Stadtwerken und kommunalen Netzbetreibern akkurate Planungen und Kalkulationen mit spitzem Bleistift.

Verlässliche Rahmenbedingungen sorgen für Vertrauen und Investitionen

Entscheidend beim Strommarktdesign ist Verlässlichkeit. Verlässliche Rahmenbedingungen sorgen für Vertrauen bei den Unternehmen und erleichtern Investitionen. Politik sollte Unwuchten, wie zuletzt die Erlösabschöpfung bei Erneuerbaren zur Finanzierung der Strompreisbremse, vermeiden. Während der Übergangsphase sollte für bereits getätigte Investitionen ein Bestandsschutz gelten. Alle kurz- und mittelfristigen Übergangsregeln sollten mit dem späteren Marktdesign kompatibel sein.

Insgesamt muss das neue Strommarktdesign eine Mammutaufgabe meistern, da es den Einsatz aller Akteure in einem intelligenten Marktsystem langfristig absichern muss. Drei Ziele sollten im Fokus stehen:

- **Ausbau und Finanzierung der erneuerbaren Energien absichern.** Einst subventioniert, sind die Erneuerbaren nun wirtschaftlich. Für den erforderlichen, massiven Zubau müssen Anreize in den Ausbau noch einmal verstärkt werden, damit dieser ab 2030 rein marktgetrieben läuft.
- **Anreize für Absicherung der Stromversorgung schaffen.** Um die Volatilität der Erneuerbaren auszugleichen, das Netz stabil und die Versorgung sicher zu halten, braucht es mehr Kapazitäten für gesicherte Leistung. Dazu zählen H₂-ready Gaskraftwerke, die wir zuschalten können, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Dazu gehört auch der vorausschauende Ausbau der Stromnetze.
- **Effiziente Sektorenkopplung und Flexibilität ermöglichen.** Bei Bedarf speist das E-Auto seinen Strom ins Netz und die Waschmaschine läuft, wenn Strom günstig ist. Es braucht Anreize, um solche Lastflexibilitätsoptionen technisch zu erschließen und über Preissignale dem Markt zugänglich zu machen, damit sie eine Lenkungswirkung erzielen können.



Verlässlichkeit first

**Entscheidend beim Strommarkt-
design ist Verlässlichkeit.
Verlässliche Rahmenbedingungen
sorgen für Vertrauen bei den
Unternehmen und erleichtern
Investitionen.**

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



Direkt zu

[VKU: Bei Reform des Strommarkts Investitionsanreize, Verlässlichkeit und Netzausbau beachten](#)



Klima-Anpassung:

Selbst wenn wir die Klimaziele erreichen: +1,5 Grad ist nicht 0. Das hat Folgen – zum Beispiel Hochwasser, Starkregen und Sturzfluten, Hitzewellen und Dürren. Klimaschutz und Klima-Anpassung sind die zwei Seiten der Klimawandel-Medaille. Dabei spielt die kommunale Wasserwirtschaft eine Schlüsselrolle. Denn sie muss ihre Infrastrukturen und Systeme an die neuen Rahmenbedingungen anpassen – damit Wasser auch bei Dürren weiter aus dem Hahn kommt, Städte in der Sommerhitze nicht zu Backöfen werden und Starkregen weniger Schäden anrichten kann.

Im Kern geht es um die Frage, wie wir die Wasserversorgung im Klimawandel sichern, die Ressourcen der Wasserversorgung schützen und in ihrer Qualität und Quantität erhalten. Die Wasserstrategie der Bundesregierung adressiert all diese Dimensionen. Sie zeigt gute Lösungen auf, wie wassersensible Stadtentwicklung („Schwammstadt“) und verbesserter Wasserrückhalt in der Fläche gelingen. Entscheidend ist nun die Umsetzung in konkrete Gesetze, damit kommunalen Wasserversorger und Abwasserentsorger Rechtssicherheit für ihre Planungen und Investitionen bekommen.

Deutschlandtempo und Verankerung in Raum- und Bauplanung

Damit die Wasserstrategie ein Erfolg wird, braucht es flankierende Maßnahmen: Zum einen müssen wir schneller bei der operativen Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen werden: Das Deutschlandtempo sollte auch bei Klima-Anpassung greifen. Zum anderen sollte Klima-Anpassung auf allen Ebenen der Raum- und Bauplanung verankert werden. Konkret sollten Stadtplanung und Bebauungspläne sich wieder stärker an den natürlichen Gegebenheiten ausrichten und mögliche Extremwetterereignisse berücksichtigen. So helfen zum Beispiel mehr Grünflächen, das Wasser in der Fläche zu halten:

Minimal Versiegeln und maximal Entsiegeln.

Ziel des aktuell erarbeiteten Klimaanpassungsgesetzes ist es, negative Auswirkungen des Klimawandels, insbesondere die drohenden Schäden, weitestgehend zu vermeiden und nicht vermeidbare Auswirkungen möglichst zu reduzieren.



Im Kern geht es um die Frage, wie wir die Wasserversorgung im Klimawandel sichern, die Ressourcen der Wasserversorgung schützen und in ihrer Qualität und Quantität erhalten.

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)





Wasserstrategie zügig umsetzen

Positiv ist, dass der Gesetzentwurf vorsieht, dass die Träger öffentlicher Aufgaben bei ihren Planungen und Entscheidungen das Ziel des Gesetzes fachübergreifend und integriert berücksichtigen sollen. Es soll zudem ein planerisches Verschlechterungsverbot hinsichtlich der Verwundbarkeit von Grundstücken, Bauwerken sowie der verschiedenen Gebiete insgesamt eingeführt werden. Dabei gilt es zu klären, wie die Maßnahmen finanziert werden können.

Mit 8 Milliarden Euro pro Jahr investiert die kommunale Wasserwirtschaft beständig und auf hohem Niveau in den Erhalt und die Modernisierung ihrer Netze und Kanäle – doch nun kommen viele Infrastrukturen ans Ende ihrer Nutzungsdauer und die Herausforderung der Klima-Anpassung on top hinzu. Unterm Strich steigt der Investitionsbedarf massiv. Die aktuellen Klimaanpassungsprogramme sind daher zwar richtig, ihr Volumen reicht jedoch langfristig nicht aus, um die Generationenaufgabe Klima-Anpassung zu meistern. Bund und Länder sollten deshalb umgehend eine Gemeinschaftsaufgabe Klimavorsorge schaffen, um Kommunen und kommunale Unternehmen bei der Umsetzung der Klimaanpassungsmaßnahmen finanziell zu unterstützen. Der Schutz vor den Folgen des Klimawandels darf keine Frage des Wohnortes sein.

Von Arznei bis Tesla: Wir brauchen einen sorgsameren Umgang mit Wasser

Grundsätzlich brauchen wir einen deutlich sorgsameren Umgang mit Wasser. Denn Wasser wird im Klimawandel zum Standortfaktor. Das zeigen die Debatten in Grünheide (Tesla-Standort in Brandenburg) und in Sachsen-Anhalt. Lösungen gibt es viele, doch die wichtigste: Alle Akteure in der Kommune wie Behörden, Landwirte, Wirtschaft und Wasserversorger müssen an einen Tisch und regionale Klimaanpassungsstrategien bzw. Wasserversorgungskonzepte erarbeiten. Gut ist, dass solche Nutzungskonflikte in einem ersten Schritt laut Wasserstrategie z.B. durch mehr und bessere Informationen über die Gewässernutzung und das Einschränken erlaubnisfreier Nutzung vermieden werden sollen. Wichtig ist aber auch, geltendes Recht anzuwenden. **Wenn das Wasserangebot nicht für alle gewünschten Nutzungen reicht, muss die öffentliche Wasserversorgung klar Vorrang haben.** Und schließlich wird es noch darum gehen, akuten, lokal und zeitlich beschränkte Mangelsituationen durch befristete Nutzungsuntersagungen zu begegnen. Die Wasserstrategie möchte hierfür Leitlinien entwickeln. In alle diese Prozesse wird sich der VKU eng einbringen.

Wasser

wird im Klimawandel zum Standortfaktor. Alle Akteure in der Kommune wie Behörden, Landwirte, Wirtschaft und Wasserversorger müssen an einen Tisch und regionale Klimaanpassungsstrategien bzw. Wasserversorgungskonzepte erarbeiten.



© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



Verband kommunaler Unternehmen e.V.

Invalidenstraße 91, 10115 Berlin
Fon +49 30 58 58 0-0
Fax +49 30 58 58 0-100
info@vku.de

www.vku.de



VKU Politisches Frühstück am 22. Juni 2023 in Berlin

Wasserwirtschaft – eine Generationen- aufgabe – jeder Tropfen ist wertvoll

Hitzewelle und verstärkte Trockenheit, Starkregenereignisse und Sturzfluten. Diese Phänomene häufen sich. Alles hängt mit allem zusammen. Wir müssen uns für Extreme noch stärker wappnen. Der kommunalen Wasserwirtschaft kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Sie muss die Infrastrukturen und Systeme an die neuen Rahmenbedingungen anpassen. Klimaanpassungsgesetz und Wasserstrategie geben Leitplanken vor, sind aber noch nicht ausreichend. Wir müssen deutlich mehr Tempo schaffen und es fehlt ein auskömmlicher finanzieller Rahmen. Nicht alles, was notwendig ist, kann in allen Regionen über Gebühren und Beiträge finanziert werden.

Dies möchten wir gemeinsam mit Experten mit Ihnen diskutieren.

Donnerstag, 22. Juni 2023
07:30 – 08:30 Uhr, Restaurant Habel am Reichstag
Luisenstraße 19, 10117 Berlin

Eine elektronische Einladung geht Ihnen im Mai zu.

Save the Date: 5. Juli 2023



Karsten Specht
VKU-Vizepräsident



Ingbert Liebing
VKU-Hauptgeschäftsführer

Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/15376-2303-1005

100% Recyclingpapier. Das verwendete Papier ist FSC-zertifiziert.

Gestaltung und Realisation: VKU Verlag | Corporate Media
Bildnachweis: stock.adobe.com/JFL Photography